

Die wichtigsten Ergebnisse

Gemeinsame israelisch-palästinensische Umfrage

Von allen derzeit stattfindenden Verhandlungen und vorliegenden Verhandlungsoptionen glauben 24 % der Israelis, dass die Gespräche mit den Palästinensern den größten Stellenwert für Israel einnehmen sollten. 20 % gaben der saudischen Option (Arabische Liga) den Vorzug. Dieser Friedensvorschlag der Arabischen Liga sieht einen umfassenden Friedensvertrag mit allen Staaten der Arabischen Liga im Gegenzug für die Rückgabe aller im Jahre 1967 besetzten Gebiete durch Israel vor. Nur 12 % sind der Ansicht, dass einem Friedensvertrag und einer Normalisierung der Beziehungen mit Syrien im Gegenzug für die Rückgabe der Golanhöhen Vorzug gegeben werden sollte. Eine kleine Minderheit von 2 % der Befragten glaubt, dass alle Verhandlungswege durch die israelische Regierung verfolgt werden sollten.

Auf die Frage, welche dieser Verhandlungsoptionen die vielversprechendste sei, äußerten sich 25 % der befragten Israelis zu Gunsten der Gespräche mit den Palästinensern. 16 % räumen den Verhandlungen mit Syrien die größte Chance auf Erfolg ein und 17 % der saudischen Option. 30 % der Israelis sind hingegen der Meinung, dass keiner dieser möglichen Verhandlungswege Erfolg verspreche. Diese Ergebnisse verdeutlichen die tiefe Ernüchterung der Israelis im Hinblick auf die diplomatischen Optionen, welche zur Zeit auf der israelischen Agenda zur Auswahl stehen.

Die Meinungsumfrage weist auf einen nennenswerten Rückgang israelischer Unterstützung für die derzeit laufenden Friedensinitiativen hin. So sank die Unterstützung für das Gesamtpaket der Clinton-Parameter zum ersten Mal seit Dezember 2003 wieder

auf unter 50 %. Im Gegensatz zu der mehrheitlichen Befürwortung des Pakets, wie sie in den vier vorangegangenen Meinungsumfragen zwischen 2005 und 2007 festgestellt werden konnte, sprechen sich jetzt nur noch 49 % für dessen Umsetzung aus. Unter der palästinensischen Bevölkerung bleibt die Unterstützung für die Clinton-Parameter relativ stabil bei 46 % verglichen mit 47 % im vergangenen Dezember. 52 % der Palästinenser lehnen die Clinton-Parameter ab, im Vergleich zu 49 % im vergangenen Dezember.

67 % der Israelis sind gegen einen Komplettrückzug von den Golanhöhen als Gegenleistung für ein umfassendes Friedensabkommen mit Syrien. Nur 22 % befürworteten diese Option. Diese Zahlen belegen einen signifikanten Anstieg der Ablehnung gegenüber einer Rückgabe der Golanhöhen im Vergleich zur Meinungsumfrage vom März, in der sich 56 % gegen und 25 % für eine solche Einigung mit Syrien ausgesprochen hatten. Selbst für den Fall, dass sich Syrien im Rahmen eines Friedensabkommens dazu verpflichten würde, sich vom Iran abzuwenden, steigt die Unterstützung nur marginal auf 27 %. Auf palästinensischer Seite glauben 32 % der Befragten, dass ein nennenswerter Fortschritt in den israelisch-syrischen Gesprächen einen positiven Einfluss auf die palästinensisch-israelischen Verhandlungen haben würde. 26 % glauben, dass dies ein Hindernis für erfolgreiche palästinensisch-israelische Verhandlungen darstellen würde und 35 % sind der Ansicht, dass israelisch-syrische Verhandlungen keine Auswirkungen auf die palästinensisch-israelischen Gespräche haben würden.

12. Juni 2008

www.kas.de

57 % der Israelis lehnen die saudische Initiative ab. Bestandteil dieses Friedensplans ist die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten und die Normalisierung der Beziehungen zu Israel. Als Gegenleistung muss Israel die im Jahre 1967 besetzten Gebiete verlassen. Eine weitere Voraussetzung stellt die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates dar. 39 % der Befragten unterstützen eine derartige Initiative. Die ermittelten Werte zu diesem Themengebiet haben sich seit der letzten Meinungsumfrage vom März dieses Jahres nicht verändert. Unter den Palästinensern unterstützen 67 % die saudische Initiative, während 28 % ihr ablehnend gegenüberstehen.

Es scheint so, als habe Olmert durch die Talanski-Affäre seine Legitimität verloren, die unterschiedlichen Friedensverhandlungen fortführen zu können. Beinahe zwei Drittel (64 %) der Israelis glauben, dass es für Olmert nicht angebracht sei, die Friedensverhandlungen fortzuführen, während sein Fall unter polizeilicher Untersuchung steht. Nur 32 % der befragten Israelis sind der Ansicht, dass er Verhandlungen unter diesen Umständen weiter führen könne. Darüber hinaus meinen nur 32 % der israelischen Öffentlichkeit, dass die Talanski-Affäre ein Versuch der israelischen Rechten darstelle, Olmerts Friedensverhandlungen zu stoppen, 54 % glauben gar nicht daran und 13 % wissen es nicht.

55 % der Israelis glauben, dass Treffen zwischen Mahmoud Abbas und Ehud Olmert nicht förderlich seien und beendet werden sollten, während 36 % der Ansicht sind, sie sollten fortgeführt werden. Die Enttäuschung der Palästinenser wird in den Ergebnissen der Meinungsumfrage noch deutlicher. Eine beträchtliche Mehrheit der Befragten von 68 % glauben, dass die Gespräche beendet werden sollten, während nur 27 % der Ansicht sind, sie seien nutzbringend und sollten fortgesetzt werden.

50 % der Israelis lehnen einen Waffenstillstand mit der Hamas ab, welcher die Einstellung von gewalttätigen Aktivitäten und Kassam-Angriffen auf Israel durch die Hamas sowie militärische Operationen der Israelis im Gazastreifen und die Aufhebung

der Blockademaßnahmen beinhalten würde. 47 % befürworten solch eine Vereinbarung. Die Ablehnung steigt auf 68 %, sollte eine Vereinbarung mit der Hamas nicht die Freilassung von Gilad Svhait beinhalten. Auf palästinensischer Seite sprechen sich 78 % für einen Waffenstillstand mit Israel aus. Diese Unterstützung fällt jedoch rapide ab auf 23 %, sollte ein Waffenstillstandsabkommen lediglich auf den Gazastreifen begrenzt bleiben und nicht die Westbank mit einbeziehen. Darüber hinaus fällt die Unterstützung weiter auf 20 % für den Fall, dass eine Vereinbarung nicht die unmittelbare Öffnung der Grenzen, insbesondere des Rafah-Grenzüberganges zwischen Gazastreifen und Ägypten, zur Folge haben sollte.

Dennoch unterstützen 47 % der Israelis Gespräche mit der Hamas, sollten sie notwendig sein, um einen Kompromiss mit den Palästinensern zu erreichen. 51 % der Befragten lehnen Gespräche mit der Hamas ab. Jedoch unterstützt eine beachtliche Mehrheit der Israelis (62 %) Gespräche mit einer nationalen Einheitsregierung bestehend aus Hamas und Fatah, sollte es wieder zur Bildung einer solchen Regierung kommen. Sollte Israel Verhandlungen mit der Hamas zustimmen, so sind 60 % der Palästinenser der Ansicht, die Hamas sollte mit Israel verhandeln, während 35 % der Meinung sind, die Hamas sollte dies unterlassen.

43 % der Israelis befürworten Verhandlungen mit Marwan Barghouti sowie dessen Freilassung aus dem Gefängnis, wenn dies für eine Einigung mit den Palästinensern nötig sei. 52 % stehen dieser Option ablehnend gegenüber. 28 % der Israelis glauben, dass eine höhere Wahrscheinlichkeit bestehe zu einer Einigung zu gelangen, wenn mit Marwan Barghouti verhandelt werde, während 36 % davon ausgehen, dass Verhandlungen mit Mahmoud Abbas größere Chancen auf Erfolg hätten. 4 % vertreten die Ansicht, dass beide gleich viel Erfolg versprechen und 26 % meinen, keine der Optionen werde Erfolg mit sich bringen. Unter den Palästinensern sind 31 % der Meinung, dass Abbas eher als Barghouti in der Lage sei, die Israelis zu Zugeständnissen in Verhandlungen zu bewegen, während 28 % glauben, Barghouti sei dazu eher imstande als

12. Juni 2008

www.kas.de

Abbas. 11 % vertreten die Position, dass beide gleichermaßen dazu fähig seien, Israel zu Zugeständnissen zu bewegen, während 25 % glauben, dass keiner von ihnen dies umsetzen kann.

Die beidseitige Anerkennung Israels als ein Staat des jüdischen Volkes und Palästina als ein Staat des palästinensischen Volkes als Teil einer dauerhaften Einigung befürworten 67 % der Israelis, 29 % lehnen dies ab. Unter den Palästinensern findet sie 56 % Unterstützung und 43 % Ablehnung. Diese Ergebnisse stimmen mit denen der Umfrage im März dieses Jahres überein.

69 % der Israelis und 66% der Palästinenser glauben, dass Chancen auf die Gründung eines palästinensischen Staates innerhalb der nächsten fünf Jahre nicht vorhanden oder schwach seien. Allein 28 % der Israelis und 30 % der Palästinenser meinen, die Chancen seien mittelmäßig oder hoch. Trotz der Tatsache, dass nur geringfügig mehr Palästinenser damit rechnen, dass eine Ein-Staaten-Lösung schwieriger zu erreichen sei als eine Zwei-Staaten-Lösung, bevorzugt ein deutlich höherer Bevölkerungsanteil (58 %) die Zwei-Staaten-Lösung und nur 27 % stimmen für eine Ein-Staaten-Lösung. Die Ein-Staaten-Lösung wurde den Palästinensern als ein Staat vorgestellt, der Israel mit der Westbank und dem Gazastreifen vereint und in welchem palästinensische Araber und israelische Juden gleichgestellt seien. Die Zwei-Staaten-Lösung würde hingegen einen souveränen palästinensischen Staat neben Israel vorsehen.

(B) Gefahrenwahrnehmung und die Befürwortung von Gewalt

63 % der Israelis fürchten, dass sie oder ihre Familien im Alltag durch Araber geschädigt werden könnten. Vor drei Monaten, nach dem Anschlag in einem religiösen Seminar in Jerusalem, äußerten noch 74 % ihre Beunruhigung. 56 % der Palästinenser befürchten, dass ihr Schutz und ihre Sicherheit und die ihrer Familien nicht gewährleistet seien. In Folge der israelischen Großoperationen im Gazastreifen vor drei Monaten, bei welchen mehr als 130 Palästinenser starben, waren es 63 %.

Mit der gesunkenen Gefahrenwahrnehmung der Palästinenser geht eine niedrigere Unterstützung von bewaffneten Attacken gegen israelische Zivilisten einher. 55 % der palästinensischen Bevölkerung befürworten derartige Handlungen, im März waren es noch 67 %. Ebenso sank die Zustimmung zu Raketenabschüssen aus dem Gazastreifen auf israelische Städte wie Sderot und Ashkelon von 64 % auf 57 %.

Unter den Israelis wollen 29 %, dass Israel den Gazastreifen wieder dauerhaft besetzt, wenn der Beschuss israelischer Gemeinden weiter andauert. Dieses Ergebnis ähnelt dem der März-Umfrage. Weiterhin denken 43 %, dass Israel ad-hoc-Einsätze gegen den Beschuss durchführen sollte. Dafür stimmten im März 41 %. Nur 22 %, gegenüber 27 % drei Monate zuvor, glauben, dass Israel eher diplomatische als militärische Schritte verfolgen sollte.

Diese in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel sowie den Palästinensischen Autonomiegebieten gemeinschaftlich vom Harry S. Truman Research Institute for the Advancement of Peace der Hebräischen Universität Jerusalem und dem Palestinian Center of Policy and Survey Research in Ramallah erstellte Meinungsumfrage wurde in der Zeit vom 27. Mai bis zum 7. Juni 2008 durchgeführt.